Aus dem Inhalt:
Neuer Almanach in Arbeit S. 2
RWE macht die Zechen kaputt S. 3
Mieterprotest gegen Wohnungsverkauf S. 5

UZ
Unsere Zeit
Zeitung der DKP
Nr. 3
April 1986

notizen

aus Bottrop und Kirchhellen

Altölverbrennung an der Stadtgrenze

Gefahr! Dioxin!

Unmittelbar an der Stadtgrenze Bottrop/Essen will die Siemens-Tochter KWU (Kraftwerksunion) eine Zeitbombe legen. Im Essener Hafen soll eine Großanlage zur Verbrennung von mit PCB verseuchtem Altöl gebaut werden. Damit kommt eine riesige Gefahr auf die ganze Region zu. Denn bei der Verbrennung von PCB-haltigen Ölen kann das Supergift Dioxin entstehen.

Bürgerinitiativen in Bottrop und Essen machen gegen den Bau der Anlage mobil. Sie haben überzeugende Argumente:

Der **Firma KWU** muß man äußerstes Mißtrauen entgegenbringen. Sie ließ schon für das Kernkraftwerk in Kalkar ein Gutachten fälschen. **Dioxin** ist viel gefährlicher als Schwefeldioxid oder Stickstoffe. Dioxin ist etwa tausendmal giftiger als Blausäure. Ein Milligramm (das ist von der Menge her etwa ein Krümel von einem Stück Würfelzucker) würde über zehn erwachsene Menschen sofort töten! Unterhalb der Tötungsschwelle treten Leberschäden, Mißbildungen bei Neugeborenen, Lungen- und Darmkrebs und sogenannte Chlorakne auf. Im „Spiegel" berichtete ein Arbeiter der Firma BASF, der mit Dioxin in Berührung kam: „Mein Gesicht wurde ganz schwarz. Auf der Haut bildete sich eitriger schwarzer Schorf. Meine Kinder haben vor Entsetzen geschrien, als sie mich das erste Mal im Krankenhaus gesehen haben."

Bei einem **Dioxin-Unfall** in Seveso wurden 27000 Menschen krank. 3400 Tiere starben. 75000 mußten notgeschlachtet werden.

Die in **Essen** geplante Anlage darf weder dort noch sonstwo gebaut werden! Es muß sofort ein **Notprogramm** zur Erforschung von technischen Möglichkeiten zur Vernichtung des verseuchten Altöls eingerichtet werden. Ehe nicht unschädliche Verfahren entwickelt sind, muß das Altöl in **Zwischenlager.** Bürger, die an der Beseitigung dieser Gefahr mitwirken wollen, können sich an DKP, Jusos, GAL, BfLU und BI Welheimer Mark wenden.

Michael Gerber

Anmeldungen für die Kinderferien und das Pfingstcamp ab sofort!
DKP Bottrop, Telefon 68 81 57

Putzfrauen machen Putz

Oberbürgermeister Wilczok hat bei seinen weiteren Sparplänen auch gleich die Zielgruppe im Auge: die Putzfrauen. Diese Pläne heißen „Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung". Man kann es aber auch anders sagen: erhöhter Arbeitsstreß, erhöhte Krankmeldungen und frühzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsleben. Die weiteren Auswirkungen für die Angehörigen der Putzfrauen, wie Ehemänner, Kinder und das gesamte Familienleben, können nur erahnt werden.

Durch Leserbriefe in den Tageszeitungen meldeten sich einige der ins Visier genommenen Putzfrauen und hielten dem OB die Schamlosigkeit seiner Forderungen vor Augen: „Als Reinigungskräfte der Stadt Bottrop fragen wir Sie, welcher Teufel mag Sie geritten haben bei Ihren Vorschlägen? Vermuten Sie bei „Kleinsten" den geringsten Widerstand? Irren Sie sich nicht, die Schmerzgrenze ist überschritten."

Die engagierten Frauen stellen weiter fest, daß die Reinigungsfläche bisher in erheblichem Umfang vergrößert worden ist, was bedeutet, in gleicher Zeit mehr Quadratmeter zu reinigen. Die Putzfrauen sind der Meinung, daß „wir an der richtigen Stelle Putz machen müssen, um einigen Leuten klarzumachen, jetzt ist Feierabend. Geld für Diätenerhöhung und Albers-Bilder sind da, aber bei uns will man sparen, so nicht Herr Wilczok!" Dem ist nichts hinzuzufügen.

Irmgard Bobrzik

Sparen – ein „Spiel ohne Grenzen"?

Von Franz Meichsner DKP-Ratsherr

Man stelle sich vor:

Das Hallenbad wird geschlossen. Saunen sind nur noch als Privateinrichtungen vorhanden. Sportbetrieb in den Hallen und auf den Plätzen ist kaum noch möglich, Parkanlagen verwildern und die Stadtbücherei schließt alle Zweigstellen.

Dies alles mag utopisch klingen, aber es könnte eines Tages Wirklichkeit werden. Nämlich dann, wenn der Sparkurs vieler Kommunalpolitiker so weiterverfolgt wird wie bisher. Der Vorschlag, 200 Putzfrauen einzusparen, geht ebenfalls in diese Richtung.

Niemand will bestreiten, daß Sparen an sich eine gute Sache ist. Aber alles hat seine Grenzen. Zumindest da, wo an all den Dingen gespart werden soll, die unsere Stadt erst lebens- und liebenswert machen. Wer diese Grenzen nicht erkennt, läuft Gefahr, eine Stadt regelrecht kaputtzusparen. Und da nutzt auch das beste Presseeamt und der schönste Farbprospekt nichts mehr.

Die Bottroper Bürgerinnen und Bürger zahlen Steuern und Abgaben. Sie haben einen Anspruch darauf, daß sie bei Behördengängen nicht stundenlang warten müssen, daß ihre Kinder in Schulen gehen, die täglich gereinigt werden. Und sie haben auch ein Recht auf Sport und Kultur, mit denen es in unserer Stadt sowieso schon nicht zum Besten bestellt ist. Diejenigen Leute, die dort noch sparen wollen, haben vielleicht eine Sauna, einen Swimmingpool und eine Bibliothek zu Hause, die können gut reden. Von denen lassen wir uns unsere Stadt nicht kaputtsparen! Wenn sie die Grenzen des Sparens nicht selbst erkennen, müssen wir sie ihnen aufzeigen.

Statt Kohle wird Öl verarbeitet

Etikettenschwindel

Große Hoffnungen hatten die Spitzen von SPD und CDU im Bottroper Rat mit dem Ausbau der Kohle-Öl-Anlage in der Welheimer Mark verbunden. Von der Nutzung der heimischen Kohle, von der Schaffung von fast 2000 Arbeitsplätzen war die Rede. Jahrelang führten sie mit diesen Argumenten den Hauptkampf gegen berechtigte Bedenken von Umweltschützern. Währenddessen ließen sie der VEBA weiterhin freie Hand. Ergebnis: VEBA ließ das Projekt Kohleverflüssigung sterben. Kein Wunder, denn VEBA investiert lieber in Kernenergie.

Tatsache ist nun, daß in der Welheimer Mark in Zukunft keine Kohle mehr verflüssigt wird. Zur Zeit läuft das Genehmigungsverfahren zur Umstellung der vorhandenen Anlage auf die Verarbeitung von Erdöl. Dabei versucht die VEBA die Öffentlichkeit zu täuschen. Es soll der Eindruck erweckt werden, als ob nach wie vor Kohle verflüssigt wird. In Wirklichkeit werden nur ein paar „Brocken" Kohle zu 233 000 Tonnen Erdöl dazugegeben.

Durch den Umbau der Anlage auf die Verarbeitung von Erdöl kommen jedoch gewaltige Umweltbelastungen auf Bottrop und die Region zu. Der Ausstoß von Schwefeldioxid wird sich verachtfachen, der von Stickoxid verdreifachen.

Alle Bottroper, denen ihre eigene Gesundheit, die ihrer Mitmenschen und der Umwelt am Herzen liegt, sind nun wieder aufgerufen, aktiv zu werden. Wirksame Maßnahmen zum Schutz von Menschen und Umwelt müssen durchgesetzt werden.

Irmgard Bobrzik

Rund 80 Bottroper Bürgerinnen und Bürger fanden sich am 15. April zu einer spontanen Demonstration in der Innenstadt ein, um gegen den Überfall der Vereinigten Staaten auf Libyen zu protestieren. Aufgerufen hatten u. a. die DKP, GAL, VVN, Friedensinitiative, christliche Gruppen und das Frauenplenum.

Notizen aus dem Rat

Die Tätigkeit des Ausschusses für Stadtplanung und Umweltschutz wurde für den gesamten Monat April lahmgelegt. Grund: der Zweite Vorsitzende des Ausschusses, Herr Trottenburg (CDU), nahm an einer Reserveübung der Bundeswehr teil. Und das, obwohl er zu den „weißen Jahrgängen" gehört und somit keinen Militärdienst ableisten mußte. Damit er trotzdem Soldat spielen darf, bedurfte es einer Sondergenehmigung. Bei deren Vermittlung soll ein Bundestagsabgeordneter verständnisvolle Hilfe geleistet haben. Trottenburgs militärischer Eifer läßt allerdings auch zweifelhafte Freude aufkommen; bei seinen Schülern am Heine-Gymnasium.

***

Eine echte Milchmädchenrechnung präsentierte die GAL, als es um die Erhöhung der Parkgebühren ging. Sie forderte allen Ernstes, die Gebühren noch einmal zu verdoppeln, weil dann mehr Bürger den öffentlichen Nahverkehr benutzen würden. Eine echte Alternative" – vor allem für die Menschen, die in der Innenstadt wohnen!

***

Ebenfalls zum Thema Parken entwickelte Ratsherr Hendricks (SPD) einen geradezu genialen Vorschlag. Er regte an, für Ratsmitglieder (und nur für die!) eine Extraparkplakette zu entwickeln, damit sie straffrei die Parkzeit auf dem Rathausvorplatz überschreiten können.

DKP-Bürgerberatung

dienstags, 17 Uhr,

DKP-Zentrum, Gladbecker Straße 83

Neuer Almanach in Arbeit

Kriegsgefangenenlager in Bottrop sind das Thema

19 Almanach-Ausgaben hat Werner Boschmann, Lehrer am Josef-Albers-Gymnasium, mit verschiedenen Klassen unter ein zunehmend interessiertes Publikum gebracht. Der „einführende grundkurs in die tieferen geheimnisse der deutschen rechtschreibung unter besonderer berücksichtigung von deren höherem schwachsinn" war ein „Bestseller".

Werner Boschmann

Über 600 Menschen äußerten in Briefen an Werner Boschmann und die Klasse 6b, daß sie ihnen aus der Seele gesprochen haben. Denn etwa 78 Regeln für die Groß- und Kleinschreibung, 50 für den Bindestrich, für Apostroph und Silbentrennung je 20, für die Zusammen- und Getrenntschreibung sogar 83 Regeln – damit werden die meisten Menschen fertiggemacht. Auch im Fernsehen und Rundfunk wurde die Klasse mehrfach zu ihrem „Rechtschreib-Almanach" befragt. Über den nächsten „Almanach" des Albers-Gymnasiums sprachen die „Notizen" mit Werner Boschmann.

Notizen: Wie lautet das Thema des nächsten Almanachs, und wie kamen Sie darauf?

Werner Boschmann: In einem Geschichtskurs der Oberstufe versuchen wir, Dokumente und Interviews zu den Kriegsgefangenenlagern in Bottrop während des 2. Weltkrieges zusammenzutragen. Ein Thema, das unbewältigt und hochaktuell ist.

Notizen: Was bringt es, in die Vergangenheit zu schauen? Muß Erziehung nicht nach vorne sehen?

Werner Boschmann: Durch aktive Arbeit an unserer Ortsgeschichte kann man sehr direkt Folgerungen für eigenes Denken und Handeln erschließen. Außerdem macht es Spaß, vor Ort in Bottrop geschichtliches Neuland zu erschließen.

Notizen: Kriegsgefangenenlager während des 2. Weltkrieges sind ein Thema. Sind sie es auch nach dem 3.?

Werner Boschmann: In der Beschäftigung mit Geschichte liegt immer auch ein Stück Bewältigung der Zukunft. Aus solchen Projekten können alle Beteiligten – auch ich – ganz einfach lernen, mehr soziale Verantwortung für unsere Gesellschaft zu entwickeln.

Herausgeber für den Kreisvorstand der DKP Bottrop und die DKP-Fraktion des Rates der Stadt Bottrop: Siggi Rutz

Verantwortlich für den Inhalt:
Michael Gerber
Gladbecker Str. 83
4250 Bottrop

Druck: Plambeck & Co, Neuss

RWE schwimmt im Geld – wir müssen blechen:

Ein teurer und unsozialer Riese

Bei der „Hallo Ü-Wagen"-Sendung mit Carmen Thomas zum Thema „Strompreise des RWE" glänzte OB Ernst Wilczok durch Abwesenheit. Er, der sich sonst keine Gelegenheit zu publikumsträchtigem Auftritt entgehen läßt, stieß mit seiner Entschuldigung, er sei krank, auf den Unglauben der Bürger. Eher wurde einem Bürger geglaubt, der einen passenden Zwischenruf machte: „Wes Brot ich ess', des Lied ich sing'."

Immer wieder taucht bei Diskussionen über die unsoziale Preispolitik des RWE das Stichwort von der „legalen Korruption" auf. Damit wird in der Tat die Quelle des Übels genannt. Seit der Flick-Bestechungsaffäre, den Schmiergeldskandalen in Westberlin und jüngst den kriminellen Praktiken des Wirtschaftsdezernenten in Hamm, dem per Beratervertrag die Zustimmung zu einem Müllheizkraftwerk der Babcock vergoldet wurde, werden die finanziellen Beziehungen zwischen Kommunalpolitikern und Kommunalbeamten zu Großunternehmen zu Recht sehr argwöhnisch betrachtet.

Wenn das RWE an 59 Oberstadt- und Oberkreisdirektoren, Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte je 13 000 DM jährlich zahlt, zusammen also 767 000 DM, erwartet es davon einen vielfachen Nutzen zugunsten des RWE. Oder kennt jemand ein anderes Motiv von Großkonzernen, als Geld auszugeben, um noch mehr Geld daraus zu machen?

Siggi Rutz

Die Frage nach der „legalen Korruption" stellte auch Hans-Peter Krones (DKP) auf dem Ü-Wagen. Die „Experten" zum Thema waren wohlweislich nicht gekommen.

Unternehmer: volle Konten.

Der Kommunist Jörg Heimbrecht verkleidete sich als „Unternehmensberater" (siehe Foto oben) und brachte auf diese Weise sonst geheimgehaltene Strompreisangebote für Großunternehmen ans Licht der Öffentlichkeit. In seinem Buch „Das Milliardending" druckte er Preisangebote, die ihm als „Berater eines amerikanischen Großunternehmens" gemacht wurden, ab. Die „Notizen" bringen daraus Auszüge (siehe Tabelle unten). Das absolute Spitzenangebot erhielt inzwischen eine Aluminiumhütte mit 3 Pf/kwh (laut Dr. Klätte vom RWE-Vorstand auf der Aktionärsversammlung des RWE im Februar 1986).

Stadt/ Energieversorgungsunternehmen	Strom Durchschnittspreis (Pf/kWh)
Hagen, Stadtwerke	12,10
Hamburg, HEW u. Gaswerke	9,50–12,50
Hannover, Stadtwerke	10,00–14,22
Mainz, Stadtwerke	11,40
Nürnberg, EWAG	15,49
Wuppertal, Stadtwerke	12,70
Pforzheim, Stadtwerke	13,50–13,90
Schleswag/Rendsburg	15,00
Oldenburg EWE	12,76
RWE, Essen	12,50

Ungerechte Preise

Während die Industrie mit geheimen Sonderverträgen Strom zu Schleuderpreisen erhält, zahlen die Arbeiterfamilien mit 3 Kindern zwischen 20 bis 35 Pf/kwh, der **Gewerbetreibende,** z. B. der Bäkker, 60 Pf/kwh, der **Bauer** ebenfalls 60 Pf/kwh.

Für viele Menschen werden die Stromrechnungen zu unerträglichen Belastungen.

Bürger: leere Kassen.

RWE macht die Zechen kaputt

RWE macht Strom aus Steinkohle, Braunkohle und Kernenergie. Der Anteil des Stroms aus Kernenergie steigt beständig. Es gibt schon ein Überangebot an Strom. Doch RWE baut weiter Kernkraftwerke: in Kalkar und in Kärlich. Da Kernkraftwerke nur rund um die Uhr laufen können und billigen Strom liefern, Kohlekraftwerke aber abschaltbar sind, verdrängt jedes neue Kernkraftwerk auf die Dauer die Kohle aus der Stromerzeugung. Damit geraten Zigtausende Arbeitsplätze im heimischen Bergbau in Gefahr.

Die DKP hat im ganzen Ruhrgebiet eine Unterschriftensammlung gegen die Strompreiserhöhungen des RWE und die Gefährdung der Bergbauarbeitsplätze durch das RWE gestartet. Viele Bürgerinnen und Bürger haben schon unterschrieben. Machen auch Sie mit!

Bürgerantrag nach § 6 c Gemeindeordnung und Petition an den Landtag von NRW
Wir Unterzeichner fordern

- **Stoppen Sie die Strompreise für Haushalte und Kleinverbraucher**
- **Tragen Sie zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen im Ruhrgebiet bei - insbesondere durch umweltfreundliche Kohlekraftwerke anstelle der Atomenergie.**

Name Anschrift Unterschrift

Bitte ausschneiden und einsenden an DKP, Gladbecker Straße 83, 4250 Bottrop.

Sowjetunion zu neuen Ufern?

SOWJETUNION
ZU NEUEN UFERN?
Dokumente und Materialien
des 27. Parteitages der KPdSU
Brücken-Verlag, Düsseldorf
ca. 400 Seiten, zahlreiche
Fotos, vierfarbiger Kartoneinband
DM 19,80
ISBN 3-87106-198-0

Das Dokumenten-Lesebuch enthält: die Referate von M.Gorbatschow und N.Ryschkow, Programm, Statut, Hauptrichtlinien der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung bis zum Jahre 2000, Schlußwort von M.Gorbatschow, Dreistufen-Programm zur Beseitigung aller Atomwaffen bis zum Jahre 2000, lexikalischer Anhang über Wirtschaft, kultur und Gesellschaft, mit zahlreichen Tabellen, eine wissenschaftliche Einleitung.

Valentin M.Bereshkow
ERLEBTE GESCHICHTE
1940-1943

Dolmetscher und Diplomat gegen Faschismus und Krieg
Vlg.Marxistische Blätter, Ffm
243 Seiten, kt., DM 12,80
ISBN 3-88012-724-7

Karl-Liebknecht-Buchhandlung
Viehofer Platz 15
4300 Essen 1
Tel.: (0201) 232014

Maja Ganina
HUNDERT MEINER LEBEN
Roman
Vlg. Volk u. Welt, Berlin
304 Seiten, Leinen, DM 9,00
Best.-Nr.: 456 830

Eine Riesenbaustelle in Sibirien: Maria, Anfang 40, Ingenieurin, hat nach gescheiterter Ehe ihr Moskauer Leben aufgegeben und sucht in der unwirtlichen Landschaft ein neues, produktives und erfülltes Leben.
Ein spannender, aktionsreicher Roman ohne Scheuklappen.

Tschingis Aitmatow
DIE TRÄUME DER WÖLFIN
Erzählung
Kürbiskern extra
Damnitz-Verlag, München
64 Seiten, kart., DM 9,80
Best.-Nr.: 500 660

Der neueste Text-Auszug aus einem noch nicht fertiggestellten Roman handelt vom Einbruch des Menschen in die natürliche Ordnung von Jäger und Gejagten, von Wölfen und Antilopen. Der Mensch - ein Fortschritt der Geschichte? Ein Klagelied auf die zerstörte Einheit des natürlichen Lebenskreislaufs.

IBUSZ

das älteste und größte Reisebüro Ungarns erwartet Sie!

Wir stehen Ihnen mit sämtlichen touristischen Dienstleistungen zur Verfügung:

- Organisierte Reisen – Gruppen- und Einzelreisen –
- Garantierte Rundfahrten in Ungarn
- Garantierte Unternehmungsprogramme in und ab Budapest bzw. am Plattensee
- Stadtrundfahrten
- Unterkunft, Rent a car, Geldwechsel
- Heilkuren
- Reitmöglichkeiten, Folkloreprogramme, Theater- und Konzertkarten

IBUSZ-Direktion
1364 Budapest
Felszabadulás tér 5.
Tel.: 186-866
Telex: 22-4990

Das IBUSZ-Büro
Budapest, V.
Petöfi tér 3.
ist Tag und Nacht geöffnet

IBUSZ-Vertretungen in der BRD:

Mauritiussteinweg 114–116
5000 Köln 1

Baseler Straße 46–48
6000 Frankfurt/Main

Kronprinzenstraße 6
7000 Stuttgart 1

Mieterprotest gegen Wohnungsverkauf

Ruhrkohle will Wohnungen zwischen Kirchschemmsbach und Nordring versilbern

Die DKP-Fraktion lud zur Mieterversammlung ein. 130 Mieter hörten vom Fraktionsvorsitzenden Siggi Rutz scharfe Worte der Kritik an der skandalösen Vorgehensweise der Montan-Grundstücksgesellschaft. Aus WAZ und Ruhrnachrichten hatten die Mieter erfahren, daß ihre Wohnungen verkauft werden sollen. Mit dem Mittel der Solidarität untereinander wollen sich die Mieter gemeinsam zur Wehr setzen. Solidarität macht stark, wie das Beispiel der Mieter in der Aegidistraße kürzlich zeigte.

Mit dem Auslaufen des Bergmannswohnungsvertrags zum Jahresende 1988 will die RAG ihre restlichen 30000 Wohnungen versilbert haben. Bei diesem Riesengeschäft geht man mit den Mietern nicht zimperlich um. Aber die Mieter lassen sich nicht als Freiwild behandeln.

In einer Mieterversammlung wählten sie einen Mieterrat. Der wurde auch gleich aktiv. Über 90 Prozent der Mieter unterschrieben inzwischen folgenden Forderungskatalog an die RAG und ihre Versilberungsgesellschaft Montan:

- garantiertes Dauerwohnrecht,
- keine Innenflächenbebauung,
- kein Verkauf an Dritte, sondern Sicherung durch eine gemeinnützige Trägerschaft,
- eine Erhaltungs- und Gestaltungssatzung für diesen Bereich.

Damit haben die Mieter eindeutig ihren Willen erklärt. Zu Recht verlangen sie die Unterstützung ihrer Anliegen durch die Ratsfraktionen. Die DKP-Fraktion wird alles in ihren Kräften Stehende tun. Aber insbesondere die SPD-Fraktion muß noch unter Beweis stellen, daß sie sich den Interessen der Mieter verpflichtet fühlt und nicht den Interessen der Montan-Grundstücksgesellschaft.

Die Verhinderung der Innenflächenbebauung und die Aufstellung einer Erhaltungs- und Gestaltungssatzung sind Forderungen, die unmittelbar an die SPD als Mehrheitsfraktion im Rat der Stadt gehen.

Rolf Zydeck, Hermann Michels

Lehmkuhler Str.

Teils erfolgreich wehrten sich Anlieger der Lehmkuhler Straße gegen die hohen Erschließungsbeiträge, die die Stadt von ihnen forderte.

Indem sie sich konsequent wehrten, erreichten 12 Anlieger jetzt, daß die Beiträge von 50 auf 30 Prozent gesenkt wurden, eine Gesamtsumme von 35112 DM. Gleichzeitig wurden auch die erhobenen Straßenbaubeiträge gesenkt. Insgesamt 7468 DM zahlen die zwölf Anlieger nun weniger!

Dieses Beispiel zeigt: Jeder, der von der Stadt Zahlungsbescheide bekommt, sollte genau den Finger auf die Rechnung legen!

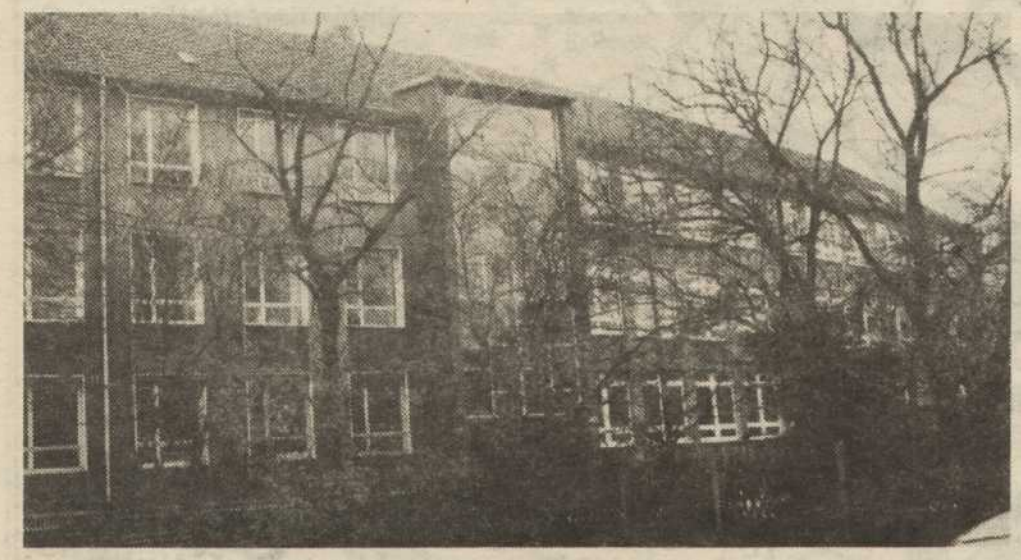
Trappenstraße

500 DM Entschädigung zahlt die VEBA-Wohnungs-AG den Mietern an der Trappenstraße. Hier wurden, wie schon in anderen Straßen, die VEBA-Wohnungen renoviert. Als Aufwandsentschädigung bot die VEBA den Mietern einen dreimonatigen Verzicht auf die anstehende Mieterhöhung an. Diese Summe entsprach bei weitem nicht den tatsächlichen Aufwendungen. Ermutigt durch die VEBA-Mieter an der Bögelsheide, die in der gleichen Sache erfolgreich für ihr Recht kämpften, protestierten die Betroffenen bei der VEBA und forderten eine höhere Entschädigung. Sie hatten Erfolg, die VEBA zahlte jedem zusätzlich 500,– DM.

Essener Straße

Die Häuser an der Essener Straße 145–152 sollen nun auch verkauft werden. Wie die Hochhäuser, will Eigentümerin „Thyssen bauen und wohnen" die mit öffentlichen Mitteln geförderten Sozialwohnungen in Eigentumswohnungen umwandeln. Kurz bevor diese Tatsache den bisherigen Mietern mitgeteilt wurde, bekamen sie allerdings noch eine Mieterhöhung aufgebrummt. Thyssen hat natürlich nur Vorteil von diesen Plänen: Neben dem Kaufpreis erhält das Unternehmen auch sechs Jahre lang noch 4,– DM pro Quadratmeter „Verwaltungskosten" aus öffentlichen Mitteln.

Für die DKP als Arbeiterpartei war es eine Selbstverständlichkeit, die DGB-Volksbefragung gegen das Streikverbot zu unterstützen. Im DKP-Zentrum wurde ein Abstimmungslokal eingerichtet.



Die Pestalozzischule soll als Hauptschule geschlossen werden. Darüber werden Eltern, Lehrer und Schüler noch das letzte Wort zu sprechen haben. Eine interessante Idee zur weiteren Verwendung des Gebäudes tauchte schon auf: Kollegschule, das heißt, Abitur verbunden mit Berufsabschluß.

Tempo 30 beschlossen

In weiten Teilen des Stadtgebietes sind verkehrsberuhigte Zonen mit Tempo 30 beschlossen worden. (Genaue Listen bei der DKP und der Stadtverwaltung zu erfragen!) Damit ist ein erster Schritt in die richtige Richtung getan. Allerdings ist Skepsis angebracht: Die neue Verordnung besagt nur, daß Tempo-30-Schilder aufgestellt werden und „rechts vor links" gilt.

Ob das allein ausreicht, um die Autofahrer vom Schnellfahren abzuhalten, erscheint mehr als fraglich. Nach DKP-Meinung sind auch verkehrsbehindernde Maßnahmen notwendig, um eine wirksame Verkehrsberuhigung zu erreichen. Zumindest aber ist eine umfassende Information und Beteiligung der Bürger notwendig.

Es wäre sicher auch einmal interessant zu erfahren, warum z. B. die Wohngebiete in der Stadtmitte und im Eigen von dem Tempo-30-Versuch fast vollständig ausgenommen sind. **Franz Meichsner**

das andere Festival
Dortmund-Westfalenhallen I-VII
tel. Kartenservice (0231) 27546

Pfingsten nach Dortmund zum Festival der Jugend

17./18.Mai'86 Eintritt 25:-DM

DAS ROCKFESTIVAL

mit Bruce Cockburn,
Erste Allgemeine Verunsicherung,
Anne Haigis, Cem Karaca,
Schweinecombo, Hamburg 19,
Bröselmaschine

KÜNSTLER AUF DEM FESTIVAL

Hannes Wader, Zupfgeigenhansel,
Mercedes Sosa, Thommie Bayer,
Das Dritte Ohr,
Dauner-Mangelsdorff, Lutz Görner,
Eisi Gulp, Abdullah Ibrahim,
Dietrich Kittner, Dieter Süverkrüp,
Gisela Steineckert u. v. a.

das Sportfest

bundesweites Fußball- und Volleyballturnier in Vorbereitung des Festivals, Endrunden Pfingsten in Dortmund.
Weiter im Sportprogramm: Schach, Tischtennis, Billardturniere undSelbstverteidigungs-kampfsportarten.

das Mitmachfestival

Computertreffen,
großes Sportprogramm,
Siebdruckangebot,
Schminkstände,
Rock'n'Roll Tanzturnier
und Riesenbackgammon

das Friedensfest

großes Friedenszentrum in der Halle 1,
100.000 Unterschriften gegen Weltraumwaffen werden gesammelt
jede/r soll mitmachen

Großes Solidaritätskonzert „Freiheit für Nelson Mandela"

mit Jimmy Cliff und Ruben Blades
eingeladen ist Zinzi Mandela,
die Tochter des südafrikanischen Freiheitskämpfers

Pfingsten '86 Dortmund

FESTIVAL DER JUGEND '86

SDAJ
MSB
SPARTAKUS

Freien Eintritt gewinnen.

Unter den richtigen Einsendungen werden 100 Eintrittskarten und 50 Schallplatten – Singles – verlost.

N _ _ _ _ _ M _ _ _ _ _ _

Die fehlenden Buchstaben ergänzen. Das Lösungswort ist der Name eines großen südafrikanischen Freiheitskämpfers.
Lösungswort auf eine Postkarte schreiben und senden an: SDAJ, Asselner Hellweg 106a, 4600 Dortmund 13.
Einsendeschluß ist der 1. Mai 1986; Datum des Poststempels.

Festival der Jugend
Pfingsten '86 · Dortmund

Hallen VI und VII
Eintritt frei

DKP und SPD in Ahlen:

Gemeinsamer Haushalt gegen Rotstiftpolitik

Antirechtskoalitionen, um bessere Politik durchzusetzen – gegen die CDU/FDP, das wollen die Kommunisten. Handfeste Ergebnisse für die arbeitenden Menschen kommen dabei heraus – wie jetzt ein Beispiel in Ahlen zeigt. Dort ist die CDU im Rat die stärkste Fraktion. Aber mit der DKP zusammen hat die SPD die Mehrheit.

Mit der Mehrheit von SPD, vier DKP-Stimmen und einer Stimme der Grünen wurde ein städtischer Haushalt verabschiedet, der an Stelle von Rotstiftmaßnahmen viel Nützliches für die Bürger enthält.

Über 100 000 DM zusätzliche Gelder für soziale und kulturelle Aufgaben; 500 000 DM für ein kulturelles Begegnungszentrum (Bürgerzentrum); keine Stellenstreichungen, sondern zusätzliche Stellen für Aufgaben der Kultur und des Umweltschutzes. Ein wahrlich ungewöhnlicher Etat in Zeiten der Rotstiftpolitik!

Viele Bürger in Ahlen und anderen Städten, wo die DKP im Rat vertreten ist, fragen sich schon seit längerem, warum Kommunisten und Sozialdemokraten in den Rathäusern nicht stärker zusammengehen. In der Friedensbewegung, in Bürgerinitiativen, in den Betriebsräten arbeiten sie eh schon kameradschaftlich zusammen.

Nun zeigt das Beispiel in Ahlen, was möglich ist. Siggi Rutz, Vorsitzender der DKP-Ratsfraktion in Bottrop meint dazu: „Wir werden den Sozialdemokraten in unserer Stadt dieses Beispiel darstellen. Und wir werden den sozialdemokratischen Kollegen sagen, daß die Arbeiter und Angestellten Bottrops die Zusammenarbeit von SPD und DKP erwarten, damit der CDU noch besser Paroli geboten werden kann!"

Neulich im Rathaus

Bürgermeister und CDU-Bundestagskandidat Winfried Fockenberg.

Modernes Mittelalter

Wer glaubt, daß Raubritter und Wegelagerer nur in alten Sagen existieren, hat sich geirrt. Er sollte einmal versuchen, in der Bottroper Innenstadt einen gebührenfreien Parkplatz zu ergattern. Heute schon schwierig, in Zukunft wird es fast unmöglich sein. Mit dem Schlachtruf: „Gleiches Unrecht für alle!" starteten Verwaltung, SPD und CDU einen neuen Angriff auf alle Autobesitzer, die in der Innenstadt wohnen, arbeiten oder dort etwas zu erledigen haben. Nicht nur, daß auch auf dem Berliner Platz Parkautomaten installiert werden sollen. Auch im Parkhaus Schützenstraße werden die Gebühren für Kurzparker verdoppelt und damit genauso teuer wie auf den Parkplätzen. Damit wird zwar die Parkplatznot in der City nicht behoben, aber die Stadt verdient wenigstens mehr an ihr. Mit dem Geld, das so von den Bürgern eingetrieben wird, könnten die Spezialisten für Stadtwerbung ein neues Stadtwappen gestalten, das der heutigen Wegelagerei eher gerecht wird als die „Wolfsangeln".

„Arne Gerber"

Die Empörung in der Öffentlichkeit über den Rausschmiß von Arne, Sohn des DKP-Kreisvorsitzenden, aus der Kindertagesstätte „Initiative" war einhellig. Auch der Jugendwohlfahrtsausschuß befaßte sich mit dem Fall. „Ein gewisses Unbehagen bleibt zurück." Mit diesen Worten faßte der Ausschußvorsitzende Erich Jankowski die Diskussion zusammen. Zu Maßnahmen gegenüber der „Initiative", die von DKP und GAL gefordert wurden, konnte sich die Ausschußmehrheit nicht durchringen. Die Forderung der DKP und vieler empörter Bürger bleibt aktuell: Ein Platz für Arne Gerber! Auf Vorschlag der DKP kommt es in den nächsten Tagen zu einem Gespräch zwischen „Initiative" und DKP.

Ostern 86: „Keine Atomtests!"

Weltweite Proteste begleiteten den Atombombentest der USA vom 10. 4. 86. Dies geschah nur wenige Tage nach der Bekanntgabe neuer aufsehenerregender Vorschläge zur Einstellung solcher Versuche durch Michail Gorbatschow, Generalsekretär der KPdSU.

Am Ostermontag, an dem bundesweit 360 000 Menschen bei den Ostermärschen dabei waren, um gegen Atomwaffenversuche und SDI zu protestieren, schlug Gorbatschow vor: Die Sowjetunion verlängere ihre einseitig übernommene Verpflichtung, solange keine Tests durchzuführen, wie die USA keine Atomwaffen zur Explosion bringen. Weiter rief Gorbatschow Reagan zu einem sofortigen Treffen auf, um Verhandlungen über ein Verbot von Atomexplosionen zu führen. Würden solche Versuche nicht mehr stattfinden, wäre eine Entwicklung und Vervollkommnung neuer Kernwaffen nicht mehr möglich.

Gorbatschows Vorschläge erfolgten zu einem Zeitpunkt, als die USA bereits eine Atomexplosion durchgeführt hatten. Damit reagierten sie negativ auf die einseitige Verpflichtung der Sowjetunion, die diese am 6. August, dem 40. Jahrestag der amerikanischen Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki, einging.

Wieder haben die USA einen Abrüstungsvorschlag der UdSSR durch einen erneuten Atomwaffentest zurückgewiesen. Die UdSSR hat nach dieser unverantwortlichen Handlung der USA ihrerseits wieder mit eigenen Atomwaffenversuchen begonnen, den Verhandlungsweg aber offengelassen. Sie ist weiter bereit, sich jederzeit dem Verbot solcher Versuche anzuschließen, wenn dies auch die USA zu tun bereit sind – dahin muß die US-Regierung gedrängt werden.

Nackte Tatsachen...

... fordert die DKP im Hinblick auf die Sauna Kirchhellen

Über die Privatisierungspläne im Bäderbereich wird oft laut nachgedacht. Wenn es nach dem Willen der CDU ginge, gäbe es längst schon keine einzige städtische Sauna mehr. Doch auch die SPD schreckt vor der Privatisierung nicht mehr zurück. Das beste Beispiel, das zugleich auch eine Menge Fragen aufwirft, ist die Sauna Kirchhellen.

Schon lange beklagte die Verwaltung die geringen Einnahmen, die in der Sauna Kirchhellen zu verzeichnen sind. Doch auch als Stadt sollten wir in der Lage sein, unsere Bäder und Saunen attraktiver zu gestalten. Statt dessen „empfahl" die Verwaltung, die Sauna einem privaten Pächter anzubieten. Dies war am 3. 4. 1984. Ein Beschluß dazu wurde weder im Hauptausschuß noch im Rat gefaßt. Statt dessen nahm die Verwaltung Verhandlungen mit eventuellen Pächtern auf, um irgendwann die Öffentlichkeit vor vollendete Tatsachen zu stellen (ähnlich wie im Fall des Oberbeckshofes). Ab 1. April 1986, erfuhren die Bürger aus der Zeitung, soll die Sauna Kirchhellen unter privater Regie laufen. Aber es kam, wie es DKP-Ratsherr Kroll im Sportausschuß prophezeit hatte: der ins Auge gefaßte Pächter sprang ab, weil ihm das finanzielle Risiko zu groß erschien.

In jedem Betrieb, der Verluste einbringt, werden zunächst einmal die Bücher geprüft und die Ursachen ergründet. Warum geschieht so etwas nicht bei städtischen Betrieben? Warum werden Ausschüsse und Rat nicht informiert, wie hier mit städtischem Eigentum umgegangen wird? Dies sind Fragen, die dringend einer Klärung bedürfen. Es könnte sonst der Eindruck entstehen, daß es Dinge gibt, die man besser hinter verschlossenen Türen behandeln möchte.

Martina Peukert

1. Mai 1986

In seinem Mai-Aufruf '86 ruft der DGB alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf: Beteiligt Euch an den Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 1. Mai 1986! Wir wollen hier einige Auszüge des Aufrufes wiedergeben:

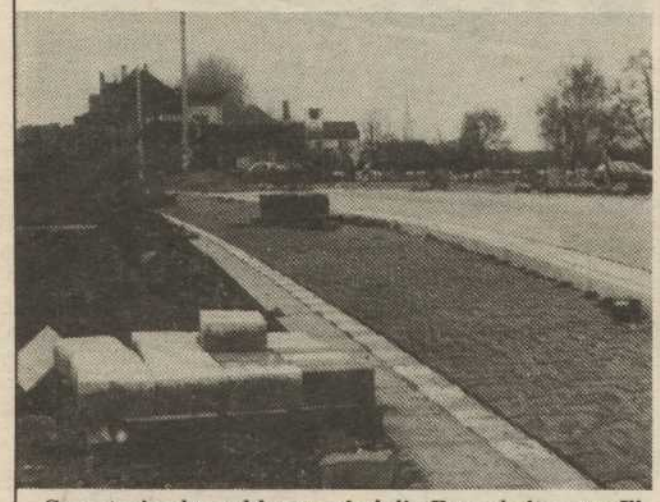
Starke, handlungsfähige Gewerkschaften sind heute nötiger denn je. Der Wirtschaftsaufschwung ist zwar da, aber es ist ein Aufschwung der Gewinne und Aktienkurse. Die Arbeitslosigkeit besteht fast unverändert weiter.

Obwohl der Bundesarbeitsminister nicht aufhört, die Änderung des Paragraphen 116 AFG als „Klarstellung" zu bezeichnen, hat die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung erkannt, daß es sich dabei um eine gravierende Veränderung der bisherigen Rechtslage zu Lasten der Arbeitnehmer und zugunsten der Arbeitgeber handelt... Der Angriff auf das Streikrecht ist die Fortsetzung einer Wendepolitik, die mit Sozialabbau in Milliardenhöhe begann. Arbeitnehmern, Jugendlichen, Arbeitslosen, Rentnern und Behinderten wurden soziale Leistungen drastisch zusammengestrichen.

Wer viel hat, dem wird noch mehr gegeben. Wer wenig hat, dem wird genommen. So kann es nicht weitergehen!...

Mitmachen. Stark sein. Die Zukunft gestalten. DGB! Deshalb: Demonstriert am 1. Mai 1986!

Eigener Markt – Chance vertan?



So gut wie abgeschlossen sind die Bauarbeiten am Eigener Markt. Doch muß dies kein Grund zur Zufriedenheit sein, besonders nicht für die Bezirksvertretung Bottrop-Mitte. Deren Vorstellungen sahen nämlich ganz anders aus:

Die Vienkenstraße sollte verkehrsberuhigt werden, die Bürgersteige auf die gleiche Höhe wie der Marktplatz abgesenkt werden. Dieser wäre dadurch größer und durch eine zusätzliche Begrünung auch attraktiver geworden. Einstimmig wurde der Antrag der SPD-Bezirksfraktion angenommen, in dem die Verwaltung beauftragt wurde, die Vorschläge in die Ausbauarbeiten einfließen zu lassen. Doch die Verwaltung zog die ursprünglichen Pläne durch, mit dem Ergebnis, daß die Marktfläche um ein Drittel kleiner geworden ist, sehr zum Ärger der Markthändler. Unverständlich bleibt, warum die Verwaltung gute Vorschläge einfach in den Wind bläst!

Bischofssondern renovieren

Als engagierte DKP-Frau hatte sich Waltraud Wolters zur Frage ‚Abriß der restlichen Jugendherberge im Naherholungsgebiet Bischofssondern' geäußert. Sie fragte, was der Abriß letztlich für den Bürger bringe.

Bei der Kosten-Nutzen-Analyse wird nicht bedacht, wieviel Schaden allein durch das Nichtvorhandensein einer Aufsicht der Stadt entsteht. Bürger, die abends oder sehr früh morgens ihren Sport betreiben, sind in ihrer Sicherheit gefährdet. Bei Sportverletzungen, Überfall oder Diebstahl wäre noch nicht einmal ein Telefon in unmittelbarer Umgebung.

Daß sie mit ihrer Meinung tatsächlich das aussprach, was viele Bottroper denken, beweisen die vielen positiven Anrufe bei Frau Wolters. Die älteren Damen und Herren äußerten sich erbost über die Abrißpläne!

In der letzten Jugendwohlfahrtausschußsitzung beschloß der Ausschuß einstimmig die Ablehnung des Abrisses und befürwortete eher eine Renovierung der bestehenden Einrichtungen.

Schiffahrt

Solidarität e. V., der Verein zur Selbsthilfe, bietet zusammen mit der DKP-Ratsfraktion einen tollen bunten Nachmittag. Am Samstag, 30. August 1986, wird gestartet zu einer Schiffstour von Mülheim nach Kettwig und zurück. Die preisgünstige Fahrt bei dufter Musik und guter Versorgung kostet für:

Erwachsene	20 Mark
Mitglieder	15 Mark
Kinder	15 Mark.

Karten gibt es beim Verein, im Vereinslokal „Sternklause", Gladbecker Str. 73 a, im DKP-Zentrum, Gladbecker Str. 83 und bei der Vorsitzenden Irmgard Bobrzik, Thomastr. 4, Tel. 6 20 20.

Stadtgarten schützen!

Das Hickhack um den Overbeckshof geht weiter. Die Pläne, eine Nobelherberge für die Bottroper Geschäftswelt in den Stadtgarten zu setzen, sind offenbar immer noch nicht vom Tisch. Und die Bottroper Stadtverwaltung hat bisher noch keine Stellungnahme in Sachen Denkmalschutz abgegeben. Die DKP fordert nun endlich eine saubere und konsequente Lösung: Denkmalschutz für den gesamten Stadtgarten. In einem entsprechenden Antrag heißt es: „Der Erholungswert des Stadtgartens muß absoluten Vorrang vor wirtschaftlichen Erwägungen haben. Er ist durch die Zufahrten zu Minigolfanlage, Quadrat und Tennisplatz bereits bis an die Grenze des Zumutbaren belastet."

Selbstbewußt und fröhlich zogen am 8. Mai Bottroper Frauen durch die Innenstadt und machten mit ihrem bunten Demonstrationszug auf den Internationalen Frauentag aufmerksam. Friedensfrauen, Graue Panther, autonome Frauen, DFI, u. a. luden Passantinnen ein, das gemeinsam vorbereitete Abendprogramm zu besuchen.

Aus den positiven Erfahrungen der Zusammenarbeit schöpfen die Frauen neuen Ansporn und wollen am 10. Mai die **AKTION MUTTERTAG** um einen Bottroper Beitrag bereichern. Einen Tag vor Muttertag wird es in Bonn zu einem bundesweiten Frauenprotest kommen, der sich gegen die Frauenpolitik der Bundesregierung richtet. **Nicht Blumen – Rechte fordern wir!**, heißt die Losung der Aktion.